

Aufmarsch der Islamist*innen in Indonesien: Religion als politisches Kapital im Wahlkampf

von Timo Duile

Dezember 2016

*Am 4. November 2016 waren Jakartas Straßen ganz in weiß getaucht. Etwa 100.000 Islamist*innen und Sympathisant*innen demonstrierten gegen den amtierenden Gouverneur von Jakarta. Islamistische Gruppen, aber auch Religionsgelehrte aus eher gemäßigten Gruppierungen, warfen ihm vor, den Islam beleidigt zu haben. Tatsächlich aber manifestierte sich in der Großdemonstration ein schon lange schwelender Konflikt, in dem Religion, Geld und die Macht politischer Eliten zusammenwirken.*

Einige Wochen zuvor hätte niemand damit gerechnet, dass ein Dienstausflug Jakartas Gouverneur Basuki Tjahaja Purnama, im Volksmund »Ahok« genannt, auf eine der Stadt vorgelagerte Insel am 27. September 2016 solch hohe Wellen schlagen würde. Die »Tausend Inseln«, wie die Inselgruppe vor den Toren der Megastadt genannt wird, ist eigentlich ein beliebtes Ausflugsziel für die Großstädter. Ahok kam während seines Besuches dort allerdings auch auf ein Thema zu sprechen, das besonders von reaktionären und konservativ-islamischen Gruppen immer wieder gegen ihn angeführt wird: Ahok ist nicht nur Angehöriger der Minderheit der ethnischen Chinesen, er ist auch Christ. Nachdem Jakartas Bürgermeister Joko Widodo vor zwei Jahren zum Präsidenten gewählt

wurde, ist Ahok, der bis dahin Widodos Stellvertreter war, auf den Posten des Gouverneurs nachgerückt. Nach Meinung reaktionär-islamistischer Gruppen ist es jedoch islamisch unrein (*haram*), wenn ein Nicht-Muslim eine politische Führungsrolle in einem mehrheitlich muslimischen Gebiet übernimmt. Oft wird von diesen Gruppen die Koransure Al-Maida 51 angeführt. Sie wird im historischen Kontext von religiösen Auseinandersetzungen als Weisung an Muslime interpretiert, in Situationen religiöser Auseinandersetzungen Juden und Christen nicht zu vertrauen und diese nicht als *aulia* zu wählen. Umstritten ist hier aber, wie der aus dem Arabisch stammende Begriff *aulia* zu übersetzen sei. In vielen Übersetzungen wird er mit »Freund« oder »Beschützer« übersetzt. Konser-

vative Religionsgelehrte interpretieren die Sure jedoch als Verbot für Nicht-Muslime, höhere politische Ämter wie das eines Gouverneurs zu übernehmen.

Auch das indonesische Wort *pakai* ist im Zusammenhang mit Ahoks Besuch der »Tausend Inseln« wichtig. In einem von ihm geäußerten und viel zitierten Satz bedeutet es so viel wie »verwenden« oder »gebrauchen«. Ahok hatte beklagt, es gäbe Leute, die die Sure Al-Maida 51 dazu verwendeten, Wähler für dumm zu verkaufen. In einem Video seiner Äußerungen, das zunächst im Internet kursierte, war das Wort *pakai* herausgeschnitten worden, so dass der Eindruck entstand, Ahok hätte behauptet, die Sure selbst verkaufe die Menschen für dumm. Tatsächlich aber bezichtigte er die Religionsgelehrten der Lüge, die diese Sure verwendeten (*pakai*) um zu argumentieren, Bürger*innen islamischen Glaubens dürften ihn nicht wählen.

Bislang erfreute sich Ahok in der Bevölkerung großer Beliebtheit, alle Umfrageinstitute sahen ihn recht deutlich vor seinen Herausforderern. Zum Ärger von Islamist*innen und politischen Kontrahent*innen, die sich nun ebenfalls um das Amt des Gouverneurs bewerben. Im Februar wird ein neuer Gouverneur in Jakarta gewählt, und da wird Religion zum politischen Kapital. Politische Parteien, die ihre islamische Identität betonen, nutzen dabei die Argumente fundamentalistischer Gruppen und werben mit der islamischen Religion ihrer Kandidat*innen. Als Herausforderer Ahoks haben einige islamische Parteien den ehemaligen Bildungsminister Anis Baswedan als Kandidaten aufgestellt. Auch der Sohn des ehemaligen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono, Agus Yudhoyono, möchte Gouverneur werden und setzt dabei gezielt auf die islamische bzw. islamistische Karte. So hat er bereits bekannt gegeben, dass er sich über die Unterstützung auch von gewaltbereiten Fundamentalist*innen freue.

FPI: Schlägertruppe mit besten Verbindungen

Damit spielt Agus Yudhoyono besonders auf die »Front der Verteidiger des Islams« (*Front Pembela Islam*, FPI) an, eine vigilante Gruppe, die

durch Selbstjustiz gegen alles »unislamische« bekannt ist. Egal ob Nachtclubs, Konzerte von Lady Gaga oder linke Diskussionsveranstaltungen, die FPI ist mit ihren Schlägertruppen immer zu Stelle, um diese »Umtriebe« zu unterbinden. Die FPI ist auch meist dabei, wenn gegen den Bau von Kirchen oder Tempeln demonstriert wird. Im Internet finden sich Videos, auf denen der Führer der FPI, Habib Rizieq, ganz offen zur Selbstjustiz und sogar zum Mord an christlichen Geistlichen aufruft. Gegen Rizeq vorzugehen, wagt indes kaum jemand, genießt er doch die Rückendeckung von Teilen der politischen Elite sowie von Polizei und Militär. Schließlich ist seine Organisation im Kontext der Demonstrationen gegen Suharto 1998 auf Betreiben des Militärs entstanden. Die Gründung der Schlägertruppe wurde vom damaligen General Wiranto mit dem Ziel betrieben, dem Militär eine vor allem aus dem sogenannten Lumpenproletariat (Menschen mit schlecht bezahlter, prekärer Arbeit, die politisch bisher meist unorganisiert sind) zusammengesetzte Truppe von Schlägern zur Seite stellen. Heute ist Wiranto Minister für innere Sicherheit und die FPI besonders in den größeren Städten zu einer informellen Macht angewachsen, die sich mit Schutzgelderpressungen und Spenden von Teilen der politischen Elite finanziert. Sie gehört auch zu den Organisatoren der Demonstrationen gegen Ahok. Zwar führt sie religiöse Gründe an, doch ist die Vermutung naheliegend, dass es auch hier um Geld geht. Der ehemalige Gouverneur Jakartas, Fauzi Bowo, hatte die FPI und andere vigilante Gruppen mit öffentlichen Geldern bedacht, um sie als »gesellschaftliche Gruppen« einzubinden. Diese staatliche Bezuschussung von kriminellen Organisationen wollte Ahok in seiner Amtszeit nicht mehr fortsetzen - und bekam prompt den Zorn der Islamist*innen zu spüren. Dabei setzt die FPI auf eine bisher überaus erfolgreiche Strategie: Ihre Führer mahnen an, Ungerechtigkeiten gegenüber dem Islam zu ahnden und betonen, die Muslime würden dieses Problem selbst in die Hand nehmen, wenn die staatlichen Organe dies nicht gewährleisten - ein kaum verdeckter Aufruf zur Selbstjustiz also.

Die FPI rekrutiert ihre Schlägertruppe besonders aus der Unterschicht, die sich mehr und mehr abgehängt fühlt. Diese Menschen konnten kaum vom Wirtschaftswachstum der letzten

Jahre profitieren. Hinzu kommt, dass Ahok massiv gegen seiner Meinung nach illegale Siedlungen in Jakarta vorgeht und diese Viertel gewaltsam räumen lässt, obwohl sie schon seit Jahrzehnten bestehen. Sein kompromissloser Kurs treibt einige der vertriebenen Bewohner*innen in die Arme reaktionärer Gruppen, da sie so eine Möglichkeit sehen, gegen die Ungerechtigkeit, die sie erfahren, vorzugehen. Doch auch in Teilen der (unteren) Mittelschicht finden die islamistischen Positionen der FPI und ihr aggressives Vorgehen Anklang, wenngleich sich diese Menschen oft nicht direkt an gewaltsamen Aktionen beteiligen.



Salonfähiger Islamismus

Die Strategien islamistischer Gruppen sind nicht nur deshalb so erfolgreich, weil Teile der politischen Elite mit ihnen zusammenarbeiten. Islamistische Gruppen verstehen es auch immer besser, die Frage nach der nationalen Identität Indonesiens mit Verweis auf ihre konservativen religiösen Ansichten zu beantworten. Auf Demonstrationen tragen die Männer und Frauen in weiß oft indonesische Flaggen und geben sich als Beschützer*innen der Nation aus. Dabei verweisen sie auch auf die Staatsideologie *Pancasila*, die das Prinzip des All-Einen Gottes (*Ketuhanan yang Maha Esa*) als oberstes Prinzip des Staates festschreibt. Jede Kritik an Religion – wobei ihre konservative Interpretation der Religion als die einzig zulässige Interpretation des islamischen Glaubens dargestellt wird – ist in ihrer Argumentation daher ein Angriff auf den Staat. Dabei spielt auch eine Rolle, dass seit der autoritären Herrschaft Suhartos die Kommunistische Partei als Feind des indonesischen Volkes und im gleichen Zug als atheistisch dargestellt wurde. Dieses Denken hat sich in weiten Teilen bis heute gehalten. Erst 2009 bestätigte das indonesische Verfassungsgericht das Blasphemiegesetz aus dem Jahre 1965 als verfassungskonform und bezeichnete es als wichtig für die Wahrung der gesellschaftlichen Harmonie. Da in dem Gesetz aber nicht klar definiert wird, was unter Blasphemie zu verstehen ist, kann jede Kritik an Religion und religiösen Institutionen oder sogar an der Interpretation von Religion potentiell als Blasphemie Gegenstand strafrechtlicher Verfolgung sein.

Ermittlungen gegen Ahok

Am 16. November 2016 gab die Polizei bekannt, dass sich der Verdacht, Ahok habe sich der Verunglimpfung der Religion schuldig gemacht, erhärtet habe und daher Anklage erhoben werde. Zuvor hatte die *Muhammadiyah*, eine große islamische Organisation, Ahok bei der Polizei angezeigt. Der *hashtag* *#kami Ahok* (wir sind Ahok) avancierte dann binnen kurzer Zeit zum meistgetwitterten *hashtag* in Indonesien. Ahoks Anhänger überlassen den islamistischen Gruppen zwar die Straße, aber nicht das Internet. An der Anklage Ahoks ist bemerkenswert, dass schon die Kritik an einer konservativen Koranauslegung eine Anklage wegen Blasphemie nach sich ziehen kann. Damit stellt dieser Fall eine weitere Etappe im Bemühen konservativer und islamistischer Gruppen dar, öffentliches und politisches Leben in Indonesien nach islamischen Grundsätzen zu reglementieren.

Islamistische Gruppen haben derweil neue Demonstrationen angekündigt, solange Ahok nicht verurteilt ist. Allerdings scheint die Allianz der Hardliner etwas zu bröckeln, der Rat der Islamgelehrten Indonesiens (*Majelis Ulama Indonesia*, MUI) hat sich mittlerweile von einer weiteren Demonstration distanziert. Die Polizei hatte diese Demonstration untersagt, aber in sozialen Medien rief die FPI weiterhin dazu auf. Schließlich versammelten sich hunderttausende Menschen am 2. Dezember 2016 zu einem Gebet im Herzen Jakartas. Der indonesische Präsident betete zusammen mit Vertretern islamistischer Gruppen auf der Kundgebung, gleichzei-

Kundgebung mit Gebet: Am 2. Dezember 2016 protestieren in Jakarta Hunderttausend wegen mutmaßlicher Blasphemie gegen Gouverneur Basuki »Ahok« Tjahaja Purnama

tig wurden an diesem Tag auch politische Persönlichkeiten von der Polizei zur Vernehmung abgeholt, die hinter den Protesten vermutet werden. Ihnen wurde vorgeworfen, regierungsfeindliche Aktivitäten zu planen. Einerseits konnte der Präsident mit seiner Anwesenheit auf der Massenkundgebung gegen Ahok die Lage beruhigen, andererseits wird ihm nun auch vorgeworfen, ein Zeichen gesendet zu haben, dass die konservativen islamischen Organisation als Unterstützung verstehen könnten. Es bleibt abzuwarten, ob Polizei und Militär auch in Zukunft mit der FPI zusammenarbeiten, oder ob sich Teile der politischen Elite offen gegen sie stellen werden.

Das ungeklärte Verhältnis zwischen Religion und Politik

Der Fall Ahok beschränkt sich nicht nur auf Jakarta, er zeigt vielmehr paradigmatisch das Dilemma Indonesiens. Einerseits ist Indonesien kein säkularer Staat, sondern ein Staat, der auf Religion gründet. Andererseits ist der Islam nicht Staatsreligion, neben dem Islam sind noch Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus offiziell anerkannt. Bis heute ist jedoch nie abschließend festgelegt worden, welche Rolle Religion in Staat und Gesellschaft spielen soll. Seit Gründung der Republik ist diese Frage umstritten und wurde zunächst in der Auseinandersetzung um die sogenannte »Jakarta-Charta« verhandelt. Auf Bestreben islamischer Gruppen sollte damals in der ersten *Sila* (Säule) der Staatsideologie *Pancasila*, die das Prinzip des All-Einen Gottes (*Ketuhanan yang Maha Esa*) zur Staatsfundamentalnorm erhebt, ein Zusatz folgen: die Verpflichtung aller Bürger*innen islamischen Glaubens, sich islamischem Recht zu unterwerfen. Damit hätte die *sharia* den Rang positiven Rechts erhalten. Da jedoch Sezessionsbestrebungen vor allem der mehrheitlich christlichen Regionen in Ostindonesien befürchtet wurden, ließ man den Zusatz fallen. Nach dem Sturz Suhartos versuchten einige islamische Parteien erneut, den Zusatz einzuführen, scheiterten jedoch wieder. Allerdings sind sie auf regionaler und lokaler Ebene oft erfolgreich damit, *sharia*-inspirierte Gesetze einzuführen. Das geschieht

mitunter auch in Zusammenarbeit mit Parteien, die als säkular-nationalistisch bezeichnet werden. Tatsächlich ist diese Trennung zwischen islamischen und säkularen Parteien aber immer schwieriger zu erkennen, da Religiosität und Religion für alle Parteien immer mehr zu wichtigem politischen Kapital bei Wahlen werden.

Der Fall Ahok erhitzt die Gemüter in ganz Indonesien, besonders christliche und andere nicht-muslimische Gruppen wittern im Vorgehen gegen Ahok einen immer stärkeren Einfluss islamistischer Gruppen und eine immer stärkere Ausrichtung des Staates in Richtung eines konservativen Islams. Daher erfährt Ahok viel Unterstützung aus überwiegend christlichen Gebieten wie Nordsumatra oder Ostindonesien. Der Fall Ahok droht so das Land immer mehr zu spalten, wobei dieser Spaltung zum einen ein ungeklärtes Verhältnis zwischen Religion, Staat und Gesellschaft zugrunde liegt. Zum anderen ist sie ein Produkt der fatalen Zusammenarbeit zwischen Politik und fundamentalistischen Gruppen. Daneben geht es aber auch um die Frage, was legitimer Weise als islamisch gelten darf. Hier fällt es konservativen Gruppen immer leichter, ihre Sicht der Dinge als die einzige Richtige zu verkaufen. Religion ist für viele Indonesier*innen mittlerweile etwas, was sich vorwiegend durch die Zurschaustellung bestimmter Symbole ausdrückt. Islamische Symboliken werden allzu selten hinterfragt und von einem Großteil der Bevölkerung als authentischer Ausdruck des Glaubens wahrgenommen. So nimmt die Zahl der Kopftuchträgerinnen zu und in politischen Argumentationen finden sich immer öfter moralisierende Verweise auf die Religion. Selbst offensichtlich islamisch unbedenkliche Waren wie Mineralwasser oder Klopapier erhalten ein *halal*-Zertifikat, damit Verbraucher*innen diese unbedenklich konsumieren können. Damit wird ein durch religiöse Symbole aufgeladener öffentlicher Raum zum Normalzustand, den islamistische Gruppen dann vorgeben, zu verteidigen.

Der Islam des Archipels

Zwar gibt es Widerstand gegen diese konservative Wende des indonesischen Islams und der Religion in Indonesien insgesamt, aber liberale

religiöse Gruppen haben es immer schwerer, sich in den Diskursen Gehör zu verschaffen. Die Taktik, liberale und progressive Gruppen mit Gewaltandrohung einzuschüchtern, geht oft auf. Gewaltbereite islamistische Gruppen kommen Teilen der Elite auch nicht zuletzt deswegen gelegen, weil sie auch gegen Veranstaltungen vorgehen, auf denen die Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Machtergreifung Suhartos thematisiert werden. Menschenrechtsaktivisten werden so schnell als Kommunisten und Atheisten gebrandmarkt, was vor allem Teilen des Militärs sehr entgegenkommen dürfte, da so eine wirkliche Aufarbeitung der Morde durch das Militär verhindert wird.

Pluralistisch orientierte religiöse Gruppen betonen immer wieder, dass religiöse Toleranz in Indonesien Tradition habe und dass der Islam in Indonesien bislang keine großen Probleme gehabt habe, auch andere Glaubensrichtungen zu akzeptieren. In den Glaubensvorstellungen vieler muslimischer Indonesier seien schließlich auch animistische und hindu-buddhistische Elemente enthalten. Diese synkretistischen Formen des Islams seien kein Manko, sondern spezifische Formen eines genuin indonesischen Islams. Daher kam vor einigen Monaten unter dem Schlagwort *Islam Nusantara* (Der Islam des Archipels) ein Diskurs auf, der maßgeblich von liberalen und pluralistisch gesinnten Intellektuellen vorangetrieben wurde. Ihr Argument war, dass es einen genuin indonesischen Islam gäbe, der traditionell toleranter sei als viele konservative Varianten im Nahen Osten, von denen sie sich abgrenzen wollten. Im Zuge der Politisierung des Falles Ahok stellten sich diese liberal gesinnten Gruppen mit der Begründung auf die Seite Ahoks, dass konservative Interpretationen des Islam nicht nur kritisiert werden dürften, sondern dass diese Kritik sogar geboten sei, wolle man die traditionelle Offenheit des indonesischen Islams erhalten.

Solche Argumente kommen bei konservativen Islamgelehrten in Indonesien allerdings nicht gut an. Die meisten von ihnen sind organisiert im Rat der Islamgelehrten Indonesiens (*Majelis Ulama Indonesia*, MUI). Dieser Rat soll eigentlich alle islamischen Gruppen in Indonesien repräsentieren, entwickelte sich in der Post-Suharto-Zeit aber immer mehr zum Sprachrohr konservativer und islamistischer Gruppen. So



gab der MUI bereits 2005 ein islamisches Rechtsgutachten (*fathwa*) heraus, das Pluralismus, Liberalismus und Säkularismus als unrein (*haram*) erklärte. Seitdem konnte diese Sichtweise in Teilen der Gesellschaft eine hegemoniale Stellung einnehmen, so dass auch das Thema der nicht-muslimischen Führungspersönlichkeiten in der Politik an Brisanz gewann. Im Fall Ahok drängen viele Mitglieder des MUI auf eine Verurteilung Ahoks. Der stellvertretende Generalsekretär des MUI sagte sogar öffentlich in einer Talkshow, dass Ahok nach islamischem Recht mit dem Tode bestraft oder wenigstens aus Indonesien verbannt werden müsse. Damit reiht sich auch der MUI in die Liste islamischer Gruppen ein, die eine immer martialischere Rhetorik an den Tag legen, um ihr konservatives Weltbild zu verbreiten. Obwohl der MUI konservative bis extremistische Meinungen vertritt, ist er aus zwei Gründen überaus einflussreich: Zum einen verfügt er über große finanzielle Ressourcen, die er aus der *halal*-Zertifizierung erhält. Außerdem bezieht er Legitimität dadurch, dass neben kleineren extremistischen Gruppen auch die beiden großen, eigentlich als gemäßigt geltenden, islamischen Massenorganisationen, die *Nahdlatul Ulama* und die *Muhammadiyah*, in der MUI vertreten sind.

Dies verdeutlicht eines der grundlegenden Probleme, mit denen Indonesien sich gegenwärtig konfrontiert sieht. Es gelingt dem Staat und der Gesellschaft kaum, fundamentalistische und gewaltbereite Gruppierungen aus dem Diskurs auszuschließen. Islamistische Gruppen schaffen es überaus erfolgreich, sich als Beschützer von Glaube und Nation zu legitimieren und so ihre Vorstellungen von einer religiös ausgerichteten Gesellschaft Schritt für Schritt umzusetzen. Um

Kundgebung mit Gebet: Am 2. Dezember 2016 protestieren in Jakarta Hunderttausend wegen mutmaßlicher Blasphemie gegen Gouverneur Basuki »Ahok« Tjahaja Purnama

religiösen Pluralismus und Stabilität zu erhalten, wäre es jedoch wichtig, fundamentalistische Positionen und gewaltbereite Gruppen in die Schranken zu weisen. Solange Eilten aus Politik und Militär jedoch mit diesen Gruppen zusammenarbeiten und diese unterstützen, wird das aber schwer umzusetzen sein. Nötig wäre ein Konsens darüber, dass religiös motivierte Gewalt nicht legitim ist. Zwar besteht dieser Konsens in Bezug auf Terrorismus, nicht aber in Bezug auf Gewaltanwendungen durch vigilante Gruppen wie die FPI. Selbst ein Sprecher der Polizei Jakartas bekannte bereits vor einigen Jahren, dass die FPI für die Polizei ein »Partner« sei, obwohl diese immer wieder die Rechte anderer Indonesier*innen beschneidet. Der Grund, dass religiös motivierte Gewalt – sei es in Form von Drohungen, sei es in Form physischer Gewalt – nach wie vor von staatlichen Institutionen und Teilen der Gesellschaft als legitim erachtet wird, mag auch mit der bisher nicht in Angriff genommenen Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen im Zuge Suhartos

Machtergreifung geschuldet sein. Damals mordeten, folterten und vergewaltigten nicht nur Militärs, sondern auch religiöse Gruppen, die mit Kommunist*innen in Konflikt geraten waren. Im Narrativ der sogenannten »Neuen Ordnung« Suhartos wurde diese Gewalt dann legitimiert, indem die Kommunisten*innen als Bedrohung für Religion und Nation dargestellt wurden.

In der Auseinandersetzung um Ahok kristallisierten sich also Diskurse, die weit über die Frage hinausgehen, wer denn Jakarta ab dem nächsten Jahr regieren sollte. Um der Einheit Indonesiens und des friedlichen Miteinanders Willens bleibt zu hoffen, dass Indonesier*innen in Zukunft weniger das Trennende der Religionen als die verbindenden Elemente betonen, um gleiche soziale, politische und kulturelle Rechte für alle Bürger*innen dieses vielfältigen Landes umzusetzen und einen Weg finden, auch kontroverse Diskussionen über Religion zivilisiert und friedlich auszutragen.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



sowie
Brot für die Welt –
Evangelischer Entwicklungsdienst

Der Autor

Timo Duile ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Orient- und Asienwissenschaften der Universität Bonn.

Impressum

V. i. S. d. P.:

Monika Schlicher | Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany

Tel.: 0221-71 61 21-0

Email: asienhaus@asienhaus.de

Web: www.asienhaus.de

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH
(www.k-mw.de)